

Umweltschutz international

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **29 (1972)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Umweltschutz international

Rheinschutzkonferenz — Hoffnung für den Rhein

Die erste gemeinsame Ministerkonferenz der Rhein-Anliegerstaaten über den Schutz vor Verschmutzung der wichtigsten europäischen Verkehrsader ging am 26. Oktober in Den Haag nach zweitägigen Beratungen mit Teilergebnissen zu Ende. Der niederländische Aussenminister Norbert Schmelzer erklärte nach Abschluss der Konferenz vor Journalisten, es seien nicht alle Probleme gelöst worden, «wohl ist aber die Basis dazu gelegt worden». Die Konferenz soll künftig jährlich stattfinden. Die internationale Rheinkommission ist mit der Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms beauftragt worden, um die Kooperation mit den gleichartigen Kommissionen für Mosel und Saar sicherzustellen. Wie Schmelzer weiter mitteilte, will Frankreich am 1. Januar 1975 mit der Ablagerung der Salze aus den nordelsässischen Kaligruben auf Halde beginnen. Die Bundesrepublik will 30 Mio DM, die Schweiz 6 Mio Fr. an die Ablagerungskosten beitragen, solange die Gesamtkosten 100 Mio Franken nicht übersteigen. Frankreich, Luxemburg und die Niederlande haben noch keine konkreten Zusagen gemacht. Die Konferenz machte den in Bau befindlichen drei Kraftwerken zur Auflage, im Juli und August nur so viel Kühlwasser abzulassen, dass die Temperatur des Rheins um nicht mehr als 2% ansteigt. Zuvor hatte die Konferenz beschlossen, dass alle neuen Kernkraftwerke am Rhein das erhitzte Kühlwasser auf Normaltemperatur zu bringen haben. Auf Drängen seiner Partner hat sich Frankreich bereit erklärt, auch in den weiteren Bauphasen seines Atomkraftwerkes Fessenheim Kühlanlagen zu errichten. Ausserdem beschlossen die fünf beteiligten Länder, nach dem Muster für die Nordsee die Schädlichkeit der Chemieabfälle im Rhein einzeln zu prüfen und bis Ende nächsten Jahres je eine «graue» und «schwarze» Liste der Giftstoffe aufzustellen, die nur noch beschränkt oder überhaupt nicht mehr in den Rhein geschwemmt werden dürfen.

Ein Rat für Umweltschutz der Uno

Der Wirtschaftsausschuss der Vereinten Nationen hat die Einsetzung eines Rates für Umweltschutz und eine Reihe weiterer Massnahmen auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit für den Schutz der Umwelt beschlossen. So soll bei der Uno ein Fonds für die Finanzierung von Umweltschutzprojekten sowie ein mit

Fachleuten besetztes Sekretariat geschaffen werden. Bei der Abstimmung sprachen sich ohne Gegenstimmen 115 Staaten für die Entschliessung aus, 9 Staaten enthielten sich der Stimme, darunter die Sowjetunion und ihre Verbündeten, die an der Umweltschutzkonferenz im Juni in Stockholm nicht teilgenommen hatten. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis nahm der Ausschuss «mit Befriedigung» von den Empfehlungen und Entschliessungen der Stockholmer Konferenz Kenntnis und beschloss, sie an die Mitgliedsregierungen und den geplanten Uno-Rat für Umweltschutz weiterzuleiten, in dem 58 Nationen vertreten sein sollen. Als Sitz des Sekretariates wurde die Hauptstadt Kenyas, Nairobi, bestimmt. Während die industrialisierten westlichen Staaten, einschliesslich Australiens, Japans und Neuseelands, bei der Lösung des an sich nicht weltbewegenden Problems Ueberlegungen der Zweckmässigkeit in den Vordergrund stellten und sozusagen einmütig für Genf eintraten, das die erforderliche Koordination mit den übrigen dort oder in geographischer Nähe befindlichen internationalen Institutionen leicht gemacht hätte, machten die Afrikaner, unterstützt von den übrigen Ländern der «Dritten Welt», die Auseinandersetzung zu einer Prestigeangelegenheit. Sie liessen weder die erheblich höheren Kosten, die den Vereinten Nationen durch die Verlegung des neuen Amtes nach Nairobi verursacht werden, noch die voraussehbaren Kommunikationsschwierigkeiten als Argumente gelten; statt dessen bestanden sie darauf, dass die sich hier bietende Gelegenheit, die Universalität der Uno durch grössere Dezentralisierung zu demonstrieren, wahrgenommen werden müsse.

Technische Neuerungen mit umweltfreundlicher Zielsetzung

Die Kosten für die Umweltverbesserung in den nächsten beiden Jahrzehnten werden ohne jeden Zweifel beträchtlich sein. Allein in der Bundesrepublik werden dafür etwa 2% des Bruttosozialproduktes aufgewendet werden müssen. Das würde ein Betrag nach dem gegenwärtigen Stand von jährlich 7 Mia DM sein, während zurzeit vielleicht die Hälfte für derartige Ausgaben aufgewendet werden. Das ergab ein Gespräch, das vom «Collegium Oecologicum» des Kuratoriums «Der Mensch und der Weltraum» anlässlich der Ausstellung «Umweltfreundliches Hamburg» mit Pressevertretern geführt wurde. Regierungsdi-

rektor Dr. D. Frenzel, Grundsatzreferent für neue Technik im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, gab dabei einen Ueberblick über den Stand der Initiativen zur Förderung und Entwicklung umweltfreundlicher Technik einschliesslich der Planung bahntechnischer Innovationen. Er wies darauf hin, dass die Qualität der Lebensverhältnisse des Menschen sich zu verschlechtern drohe. Als Beispiele nannte er den Ausstoss von jährlich 3,5 Mio t Schwefeldioxid aus der Energieerzeugung, 4,5 Mio t Monoxid mit einem «Motorfahrzeuganteil» von etwa 80%, 8,1 Mio t anorganischer Salze sowie 810 000 Stück Schrott-Motorfahrzeuge. Die Bundesrepublik liegt mit diesen Mengen in der Spitzengruppe unter den belasteten Ländern. Die Fachleute haben zugleich aber auch keinen Zweifel, so zeigte das Hamburger Gespräch, dass sie gleichzeitig in der Spitzengruppe jener Länder zu finden ist, die sich nachdrücklich für Umweltverbesserungen einsetzen. Das ergaben auch Ausführungen des Leiters des «Collegium Oecologicum», Dr. habil. Karl Slevoigt, der an Beispielen der Anwendung von Mess- und Regeltechnik in Umweltforschung und -schutz aufzeigte, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die Probleme in den Griff zu bekommen. Der Präsident des Kuratoriums «Der Mensch und der Weltraum», J. F. G. Grosser, zeigte den Zusammenhang von Weltraumforschung und Umweltforschung auf und nannte die Erforschung des erdnahen Raumes eine wichtige Voraussetzung für Erhaltung und Pflege des geschlossenen oekologischen Systems Erde.

Die Umwelt im Griff

«Wirtschaftliches Wachstum muss nicht mit Umweltverschmutzen erkaufte werden.» Das hat Professor E. Bartholomé von der Badischen Anilin- und Sodafabrik auf einem vom Umschau-Verlag (Frankfurt) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft veranstalteten Symposium «Die Umwelt im Griff» erklärt. Allerdings müsse sich die Technik weiterhin mit dem Umweltschutz beschäftigen. Bartholomé, der sich mit den Weltuntergangsthesen des Club of Rom auseinandersetzte, verwies auf das Beispiel der deutschen Chemie. Bei einer Reihe von Schadstoffen könne nachgewiesen werden, dass die Luftverschmutzung deutlich zurückgegangen sei. Professor Reiner Thoss vom Institut für

Siedlungs- und Wohnungswesen der Universität Münster hat sich kritisch mit dem Verursacherprinzip auseinandergesetzt. Es diene allein der Weiterwälzung der sozialen Zusatzkosten auf die Endverbraucher. Nur wenn diese auf die beabsichtigten Kostensteigerungen reagierten, werde ein verbesserter Umweltschutz erreicht. Zur Orientierung über die zu ergreifenden Massnahmen hält Thoss Entscheidungsmodelle für erforderlich, mit denen die zweckmässigste räumliche Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität und die Ansprüche an die Produktions- und Entsorgungstechnik bestimmt werden sollen.

Skeptisch gegenüber der Durchsetzbarkeit konsequenter Umweltschutzmassnahmen hat sich Professor Klaus M. Meyer-Abich von der Universität Essen geäussert. Ein Grundproblem bei der Lösung der Umweltfragen sei, dass die bestehenden Motivationen wirtschaftlichen Verhaltens aller Beteiligten den Umweltschutz nicht nur nicht gewährleisten, sondern sogar zur Beeinträchtigung der Umwelt führen könnten. Die Beeinträchtigung der Umwelt wiederum sei deshalb unwirtschaftlich, weil sie zu Lasten unserer Gesundheit und zu Lasten der Nachwelt gehe. Das Verursacherprinzip solle dafür sorgen, dass betriebswirtschaftliche Vorteile nicht länger durch volkswirtschaftliche Nachteile erkauft werden müssen.

Intensivere internationale Zusammenarbeit zur Rhein-Sauberhaltung

Zur Lösung der dringlichen Umweltschutzprobleme des Rheins — Schifffahrtsweg, Abwasserkanal und zugleich Trinkwasserreservoir für heute bereits 20 Mio Menschen — zeichnet sich eine intensivere internationale Zusammenarbeit der Rhein-Anliegerstaaten ab. Das ist das Ergebnis der «Internationalen Rheinschutzwoche», die mit einer Sitzung der Internationalen Kommission (IK) zur Reinhaltung des Rheins in Rotterdam endete. Der hessische Umweltschutzminister Dr. Werner Best fasste das Ergebnis der Rheinschutzwoche mit dem Satz zusammen: «Die Fachleute haben ihre Arbeit getan, jetzt sind die Politiker an der Reihe». Die Rheinschutzkommission sehe ohne politische Unterstützung keine Möglichkeiten mehr. Er hoffe, betonte Best, dass die kritische Öffentlichkeit die «Politiker in die Verantwortung zwingen».

Zwei Freisprüche im Wiesbadener «Umweltprozess»

vwd. Mit Freisprüchen endete vor einem Schöffengericht in Wiesbaden ein zweitägiger Abwasserprozess gegen die zur Hoechst-Gruppe gehörenden Chemische Werke Albert AG, die von der Anklage beschuldigt worden waren, von 1970 bis 1971 giftige und krebsfördernde Abwässer in den Rhein geleitet zu haben. Angeklagt waren der Sicherheitsbeauftragte des Werkes, Dipl.-Ing. Heinz Bommel, und der Produktionsleiter, Dipl.-Chemiker Dr. Ernst Friedrich Schwenk. Das Gericht schloss sich bei seinem Urteil den Gutachtern an, die die von den zuständigen Behörden genehmigte Einleitung von Abwässern als zulässig und tragbar gehalten hatten.

«plan»- Ausstellungs- und Messekalender 1973

«plan» — die führende schweizerische Zeitschrift für Raumplanung und Umweltschutz — wird im nächsten Jahr über verschiedene internationale Fachmessen und Ausstellungen, die sowohl für die Leser als auch für die Inserenten von Bedeutung sind, eingehend berichten, nämlich:

- Internationale Ausstellung für Sportstättenbau und Bäderanlagen, in Köln, 9. bis 12. April.
- Internationale Fachmesse für Umweltschutz «Milieu 73», in Utrecht, 11. bis 17. April.
- Envitec 73, Weltkongress «Luftreinhaltung» und internationale Ausstellung über Technik im Umweltschutz, in Düsseldorf, 23. bis 30. August.
- Fachausstellung für Schwimmbäder, Sommer- und Wintersportanlagen mit Zubehör, in Zürich, 14. bis 16. Oktober.
- Internationale Fachausstellung für Winterdienstgeräte, in München, 18. bis 21. Oktober.

Nach jeder Ausstellung und Messe sowie nach jedem Kongress wird Sie «plan» informieren. Mit zehn Ausgaben pro Jahr ab 1973 (bisher sechs) wird dies noch schneller möglich sein. Nähere Angaben für Insertionen erteilt gerne die Anzeigenverwaltung VS-Annoncen, Kanzleistrasse 80, 8026 Zürich, Telefon 01 39 68 69.

Keine dritte Reusstal-Abstimmung im Aargau

Die zweite Volksinitiative zur Erhaltung der freien Reuss wird nach einem Bundesgerichtsentscheid den Aargauer Stimmberechtigten nicht vorgelegt werden. Ein entsprechender Beschluss des Grossen Rates des Kantons Aargau wurde damit von den Verfassungsrichtern bestätigt. Das von rund 15 000 Stimmberechtigten unterzeichnete «Volksbegehren auf Abänderung des Gesetzes über die freie Reuss vom 16. Mai 1965» scheitert daran, dass es schliesslich die Aufschiebung der Konzession für Erneuerungsbauten des Kraftwerkes Bremgarten-Zufikon (unser Bild) erstrebt. Wohl wird diese Konzession im genannten Gesetz erwähnt. Sie ist indessen nicht auf dem Gesetzgebungswege, sondern schon früher als administrativer Einzelakt erteilt worden. Solche individuellen Verwaltungsakte können aber im Kanton Aargau mit der auf allgemeinverbindliche, gesetzgeberische Erlasse beschränkten Volksinitiative nicht abgeändert werden. Das Aargauer Volk hat am 14. September 1969 das Reusstalgesetz knapp angenommen und in der Folge eine erste Initiative zur Freihaltung des Reusslaufes knapp verworfen

(Flugaufnahme: Comet)

